

3 HUNGER UND ARMUT TROTZ ÜBERPRODUKTION
International

6 SCHWARZARBEIT IN DEUTSCHLAND
BRD

8 PLATZ IN DER KITA FÜR MEIN KIND?
Frauen

11 150 JAHRE PARISER KOMMUNE
Geschichte

14 AUSPRESSUNG LEICHT GEMACHT
Hamburg

16 GESUNDHEITSSCHUTZ IN KITAS?
Bremen

18 BOYKOTTIERT DIE LANDTAGSWAHLEN!
Baden-Württemberg

20 JUNG UND KEINE ARBEIT
Nordrhein-Westfalen

22 DAS „KENTLER-EXPERIMENT“
Berlin

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe jährt sich das Erscheinen der Roten Post zum dritten Mal, sie feiert also ihren dritten Geburtstag. Trotz aller Widrigkeiten und der Entwicklung des Klassenkampfes erschien die Rote Post in diesen drei Jahren kontinuierlich und zuverlässig Monat für Monat. Nicht als eine Internetzeitung, sondern etwas Materielles – Propaganda von Hand zu Hand. Und mit der Entwicklung des Klassenkampfes entsprechend entwickelt sich diese Zeitschrift und wächst, diese Ausgabe besteht nun zum ersten Mal aus 24 Seiten.

Die Rote Post wird mittlerweile in mindestens einem Dutzend Städte in der Bundesrepublik verteilt. Sie wird hauptsächlich verkauft in den Arbeitervierteln und ist so ein wichtiges Mittel, auf dessen Grundlage sich die Revolutionäre in diesem Land mehr und mehr mit den tiefsten und breitesten Massen vereinen können. Dafür berichtet sie über unterschiedliche Themen des Klassenkampfes in der BRD, aber auch international und versucht stets, neben den konkreten Problemen der Massen auch weiterreichende politische Aspekte aufzugreifen. Um dieser Verantwortung weiter und mehr gerecht zu werden, werden wir uns darum bemühen, die Themen und die Qualität der Artikel weiter zu verbessern, indem wir unser Gehör für die Bedürfnisse der tiefsten und breitesten Massen weiter schärfen.

So wollen wir an dieser Stelle die Aufmerksamkeit auf einen Arbeitskampf lenken, der insgesamt wenig Beachtung bekommen hat und inmitten der Wirtschaftskrise des Imperialismus entwickelt wird. So streiken seit Januar die Angestellten in den Callcentern der Deutschen Bank in Essen und Berlin. An diesen

Streiks nehmen etwa 70 Prozent der Belegschaft teil. Diese Art von Kämpfen sind besonders in der jetzigen Situation noch wichtiger, und wir freuen uns über Zusendungen über solche Themen an rotepost@gmx.de.

Diese Ausgabe publizieren wir anstelle eines Kulturartikels einen Beitrag zum 150. Jahrestag der Pariser Kommune in der Rubrik „Geschichte“, vor dem Hintergrund der Geschichte unserer Klasse und ihrer ersten Erprobung der Eroberung der Macht.

In diesem Sinne freuen wir uns auf die kommenden Jahre der Roten Post und viele weitere Entwicklungen.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange **Eigentum** der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung **im** Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem **AbsenderIn mit dem** Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

HUNGER UND ARMUT TROTZ ÜBERPRODUKTION

Armut und Hunger sind seit jeher Probleme, mit denen die unterdrücktesten Teile der Menschheit zu kämpfen haben. Besonders in den unterdrückten Nationen gehört es zum bitteren Alltag der Leute, nichts zu essen zu haben. Während die Tendenz schon seit langem zu mehr Armut und Hunger geht, hat sich diese Sache im vergangenen Jahr in ihrem Ausmaß noch einmal vervielfacht. Die Vereinten Nationen sprachen Ende 2020 davon, dass insgesamt 235 Millionen Menschen weltweit in „extremer Armut“ leben, d.h. mit weniger als umgerechnet 1,90 Dollar am Tag überleben müssen. Und das sind nur die offiziellen Zahlen, bei denen davon auszugehen ist, dass sie stark geschönt worden sind. Parallel dazu steigt die Armut aber auch in den imperialistischen Ländern. Immer mehr Menschen sind seit Einbruch der Krise auf Hilfe angewiesen und können sich nicht einmal mehr aus eigener Kraft ausreichend Lebensmittel für sich und ihre Familien leisten.

Während die große Rezession, Massenentlassungen enormen Ausmaßes und reihenweise insolvente Geschäfte und Kleinunternehmen hier in der BRD bisher noch ausgeblieben sind – da dieser Effekt durch die Rettungspakete und Maßnahmen, wie die

Aussetzung der Insolvenzmeldepflicht, bis jetzt immer weiter nach hinten verschoben wurde – sah das in anderen Ländern anders aus. Nichtsdestotrotz werden die Schlangen vor den Tafeln auch hier in der BRD länger und länger. Mit einem historisch kräftigen Einschlag traf die Krise aber die USA. Laut offiziellen Zahlen verloren im Frühjahr und Sommer letzten Jahres knapp 50 Millionen Menschen ihre Arbeit. Seitdem lebt ein noch größerer Teil des Volkes in den USA in Armut. Die sogenannten Food Banks, die vergleichbar sind mit den Tafeln in der BRD, und Einkaufsgutscheine sind zum Alltag einer großen Masse von Amerikanern geworden. Für viele ist unklar, wie man seine Familie noch ernähren soll – gesunde Ernährung bleibt an dieser Stelle erst recht auf der Strecke. Im Frühjahr letzten Jahres wurden Zahlen in der New York Times veröffentlicht, die zeigen, dass trotz alledem Lebensmittel in einem noch größeren Ausmaß als sowieso schon vernichtet werden. Demnach wurden jeden Tag schätzungsweise 14 Millionen Liter Milch einfach ins Abwasser geschüttet. In den Bundesstaaten Idaho und Florida wurden zehntausende Tonnen Obst und Gemüse zerstört und Felder einfach umgepflügt. Fleisch und Eier werden in unvorstellbaren Massen vernichtet, indem z.B.



Vernichtung von Zwiebeln durch Verrottung in Idaho, USA



Sojafelder in Brasilien

ganze Massenhaltungen von Hühnern einfach vergast werden. Und das alles, während sich Hunger und Armut überall auf der Welt weiter ausbreiten. Der Grund für dieses abartige Schauspiel liegt in der Natur des Imperialismus und ist, wie die Ökonomie des imperialistischen Systems funktioniert. In dieser Situation der Überproduktion ist diese immense Vernichtung von Lebensmitteln schier notwendig für die Imperialisten, um den Markt zu stabilisieren. Wenn ein Produkt im Überschuss produziert wird und der Nachfrage nach diesem Produkt nicht mehr entspricht, wird dieses Produkt erstens zu einem Kostenfaktor (Lagerung, Transport etc.), und zweitens bedroht es den Markt in Bezug auf die Erhaltung von stabilen Preisen. Ein Produkt, das im Überschuss existiert, verliert schlicht seinen Wert. So ist jedes Produkt, mit dem kein Profit mehr erzielt werden kann, in ökonomischer Hinsicht überflüssig für das imperialistische System und wird vernichtet. Ob Menschen verhungern, spielt bei dem Versuch der Imperialisten, ihr System zu retten, keine Rolle.

Die Hauptsache sind aber die unterdrückten Nationen, die Länder, in denen der mit Abstand größte Teil der Erdbevölkerung lebt. Die Länder, die durch den Imperialismus bis aufs letzte ausgequetscht werden und auf die die Krise heute in der Hauptsache abgewälzt wird. Schon ihre Ausgangslage ist eine deutlich schlechtere, da sie diejenigen sind, die durch den Imperialismus dominiert werden und damit auch diejenigen, die am meisten unter diesem System zu leiden haben. Lateinamerikanische Länder sind ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie verkommen der Imperialismus ist. Lateinamerika wird heute von bürgerlichen Ökonomen als die Speisekammer der Welt bezeichnet. Hochrechnungen zufolge könnte allein die Landwirtschaft Brasiliens rund ein Siebtel der Weltbevölkerung ernähren, was über einer Milliarde Menschen entspricht. Trotzdem ist Hunger in Brasilien (ca. 210 Millionen Einwohner) sowie in allen anderen Ländern Lateinamerikas eine weit verbreitete Plage, insbesondere bei den armen und landlosen Bauern, die einen großen Teil der

Bevölkerung ausmachen. Das ganze kommt vor allem so zustande, dass die Imperialisten in den unterdrückten Nationen einen bürokratischen Kapitalismus entfalten, der auf der Halbkolonialität und Halbfeudalität dieser Länder beruht. Konkret zeigt sich das z.B. daran, dass die Wirtschaften der Länder der dritten Welt darauf ausgelegt sind, Waren in alle Welt zu exportieren. Es werden mehr als ein Drittel der in Chile produzierten Produkte letzten Endes exportiert, wovon neben Metallen ein großer Teil landwirtschaftliche Erzeugnisse sind. In Paraguay sind sogar zwei Drittel der Exportgüter Waren aus der Landwirtschaft, was Paraguay stark abhängig von seiner Landwirtschaft macht. Die Agrarexporte von Peru stiegen zwischen 2000 und 2017 von 580 Millionen auf 6,1 Milliarden Dollar. Und auch im größten Land Lateinamerikas, in Brasilien, spielt die Landwirtschaft eine wichtige Rolle bei den Exporten des Landes. Doch da eben all diese Landwirtschaften abhängig vom Imperialismus entwickelt werden und gar nicht darauf ausgelegt sind, die eigenen Völker zu ernähren, sind sie nichts, was den Hunger und die Armut stoppt. Ganz im Gegenteil, die Produktion von Lebensmitteln ist immer stärker durch ausländische Konzerne aus den imperialistischen Nationen geführt. Nicht die armen und landlosen Bauern sind es, die diese Unmengen an Lebensmitteln produzieren, die dann in alle Welt geflogen werden. Es sind moderne Konzerne aus der Agrarindustrie, die das Land, das sie von den Bauern gestohlen haben, für ihre imperialistischen Zwecke bewirtschaften und die Bauern damit in noch größere Armut treiben. Konkret auf die brasilianische Landwirtschaft bezogen fällt ganz besonders ins Auge, dass die Lebensmittel, die hier produziert werden, häufig gar nicht für Menschen vorgesehen sind. Ein Großteil der Sojabohnen, die das hauptsächliche Exportgut der brasilianischen Landwirtschaft ausmachen, wird in den imperialistischen Nationen an Schweine verfüttert. Man nimmt Lebensmittel aus den unterdrückten Nationen – Lebensmittel, die von den Völkern im Endeffekt geklaut werden – und füttert in den imperialistischen Nationen die Schweine damit.

Es gibt aber noch weitere Methoden, wie die Imperialisten sich die unterdrückten Nationen

Untertan machen und sie ökonomisch in Abhängigkeit bringen. So werden, während etliche Lebensmittel aus den unterdrückten Nationen in die imperialistischen Länder exportiert werden, auf der anderen Seite auch Waren in die unterdrückten Nationen exportiert. Ein Beispiel hierfür sind Hähnchen, die aus der BRD oder anderen EU-Ländern nach Afrika exportiert werden. Es werden massenhaft Tiefkühlhähnchen aus verschiedenen Ländern Europas in Länder wie z.B. Ghana exportiert. Ein Beispiel vom ghanaischen Straßenverkauf zeigt Ware aus den Hähnchen aus den Niederlanden, die knapp 14% günstiger als die lokale Ware am benachbarten Stand angeboten werden. Von der EU werden solche Exporte dazu noch subventioniert. In Ghana angekommen, werden die Hähnchen dann zu Billigpreisen angeboten. Preise, mit denen die ghanaischen Kleinbauern nicht mithalten können. So wird der Markt in Abhängigkeit von ausländischen Produkten aus den imperialistischen Ländern gebracht und die eigenständige Landwirtschaft Ghanas geht den Bach runter. Und das natürlich nicht nur in Bezug auf Hähnchen, sondern auch, was Obst und Gemüse, Milch, Eier usw. betrifft.

Was sich zeigt ist, dass das Problem von Armut und Hunger, das auf der Welt existiert und sich darüber hinaus immer weiter verschärft, keines ist, für das es keine Lösung gäbe. Laut verschiedenen Studien wäre es heute möglich, bis zu 14 Milliarden Menschen auf der Erde zu ernähren (*weltagrarbericht.de*, „Hunger im Überfluss“), was fast dem Doppelten der aktuellen Weltbevölkerung entspricht. Doch trotzdem sterben Tag für Tag Zehntausende den Hungertod, trotzdem leben Millionen, wahrscheinlich sogar Milliarden, in bitterster Armut. Der Imperialismus schafft es trotz ausreichenden Ressourcen und Überproduktion nicht, die heutige Weltbevölkerung zu ernähren, weil zum einen alles erst einmal darauf ausgelegt ist, dass die imperialistischen Länder genug haben, und zum anderen, dass unprofitable, vermeintlich überschüssige Produkte im großen Stil vernichtet werden. Es ist ganz einfach, wie der Imperialismus funktioniert, und deshalb sind Hunger und Armut unweigerlich und untrennbar mit dem Imperialismus verbunden. •

SCHWARZARBEIT IN DEUTSCHLAND

Die Meisten in der BRD haben schonmal Schwarzarbeit gemacht oder sogenanntes „Schwarzgeld“ verdient. Auch wenn das in Deutschland eigentlich verboten ist. Denn Schwarzarbeit wird verrichtet ohne Rechtssicherheit über Auszahlung des Lohns. Außerdem gibt es keine sozialen Absicherungen, die normalerweise bei legaler Arbeit durch Sozialabgaben gewährleistet werden. Man hat durch die Schwarzarbeit keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, weil vom illegalen Schwarzarbeitergehalt kein Beitrag in die Arbeitslosenversicherung fließt. Man hat auch keinen Anspruch auf Rente, weil durch die Schwarzarbeit keine Beiträge in die Rentenkasse fließen. Und besonders für („illegale“) migrantische Arbeiter gibt es keinen Anspruch auf gesetzliche Krankenversicherung, weil keine Beiträge vom Lohn in die Krankenkasse abgehen. Man fragt sich also berechtigterweise: *Wieso gibt es Schwarzarbeit und wer profitiert davon?*

Diese zwei Fragen lassen sich mit einer Antwort begleichen: weil es sich für die Kapitalisten lohnt! Denn in Deutschland werden die *Sozialabgaben* (also Krankenversicherungsbeiträge, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Pflegeversicherung) in der Regel geteilt: die eine Hälfte muss der Arbeiter selbst tragen, die andere Hälfte der Kapitalist. Ein Beispiel: Die Arbeitslosenversicherung beträgt 2,4% des Bruttolohns. Davon trägt die Hälfte der Arbeiter (1,2%) und die andere Hälfte der Kapitalist (ebenfalls 1,2%). Dasselbe gilt für die Krankenversicherungsbeiträge. Diese liegen bei 14,6% und werden jeweils zu 7,3% vom Arbeiter und Kapitalisten getragen.

Wenn der Unternehmer den Arbeiter nun „schwarz“ arbeiten lässt, also nicht offiziell beim Staat angemeldet hat (Anmelden muss man Arbeiter z.B. bei den Berufsgenossenschaften für gesetzliche Unfallversicherungen, Gesundheitsamt, Krankenkasse, Finanzamt usw.), muss der Unternehmer auch keine Sozialabgaben leisten, er spart also massig Geld ein. Gleichzeitig hat der Arbeiter auch keine Möglichkeit, die Arbeit einzuklagen, offiziell arbeitet er schließlich nicht und kann somit keinen Arbeitsvertrag vorweisen. So hat der Unternehmer die Möglichkeit, die Arbeiter vor die Tür zu setzen, wenn ihm danach ist – und

setzt seine „Schwarzarbeiter“ zugleich unter Druck. Auch gesetzliche Regeln wie der 8-Stunden-Tag oder Urlaubsansprüche werden in der Schwarzarbeit schlicht ausgesetzt. 12-Stunden-Schichten ohne Pause sind in der Schwarzarbeit keine Ausnahme, sondern die Regel (wie wir beim deutschen Fleischfabrikanten Tönnies zuletzt sehen konnten).

Massiver Anstieg der Schwarzarbeit während der „Corona-Krise“

Der deutsche Staat stört sich an Schwarzarbeit relativ wenig. Zwar gibt es offiziell die ZOLL-Behörde, die sich medienwirksam gerne bei Razzien im Zuge von vermeintlicher Schwarzarbeit ablichten lässt, aber grundsätzlich findet der deutsche Staat Schwarzarbeit gar nicht schlecht. Denn wie bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler unverhohlen sagen, diene die Schwarzarbeit als „Puffer“, um die Krisenlast abzufedern. Dass die Abfederung *lediglich den Kapitalisten zuträglich* ist, wird dabei wohl wissentlich verschwiegen. Denn es gibt keine vernünftige Erklärung, inwiefern die Arbeiter vom Verlust aller sozialen Absicherungen profitieren sollten und Existenzängste durch möglichen Jobverlust für die Arbeiter irgendwie hilfreich sind. Trotzdem sprechen die Wirtschafts„wissenschaftler“ wie folgt positiv von der Schwarzarbeit:

„Friedrich Schneider, emeritierter Professor der Johannes-Kepler-Universität Linz, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Thema und veröffentlicht dazu regelmäßige Berechnungen. Demnach ist die Schwarzarbeit in Deutschland 2020 deutlich gestiegen. Sie wird nach Schneiders aktuellster Schätzung, die er im November im Auftrag der „Welt“ durchführte, 11,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukt erreichen. Das entspräche einer Größenordnung von mehr als 380 Milliarden Euro. 2019 lag die Quote noch bei 9,1 Prozent. Vor allem in hart gebeutelten Branchen wie der Gastronomie dürfte die Schwarzarbeit stark zugenommen haben. Schneider rechnet mit fast 60 Milliarden Euro, die hier am Fiskus vorbeigeschleust wurden. [...] Dennoch finden mehrere Ökonomen den Anstieg der Schattenwirtschaft in der Krise nicht schlimm. Im Gegenteil. Sie verhindern, dass die Rezession noch schlimmer ausfalle und noch mehr Menschen in die Armut stürzten.“

Die Schattenwirtschaft diene als „Puffer für sonst noch

wesentlich höhere zu erwartende Einkommensverluste“, sagte Schneider dem ORF. [...]

Auch der Chef der Wirtschaftsweisen, Lars Feld, hält die Zunahme der Schwarzarbeit in einer Krise wie jetzt für hilfreich. „Die Schattenwirtschaft ist ein Ventil, das die Auswirkungen der Krise für die Betroffenen etwas abmildert“, sagte er der „Welt am Sonntag“. Viele Menschen seien froh, wenn sie überhaupt arbeiten könnten. Häufigere Prüfungen und höhere Strafen hält Feld in der Corona-Krise für kontraproduktiv. Der Staat sollte die krisenbedingte Zunahme der Schattenwirtschaft erst mal hinnehmen - und erst gegen sie wieder vorgehen, wenn die Krise überstanden sei.“ (tagesschau.de, 03.01.2021)

Folgerichtig wird im Onlineartikel der staatlichen Tagesschau eingestanden, dass die Kontrollen bei der Schwarzarbeit in Deutschland seit „Corona“ wesentlich „laxer“ ausfielen. Man versteht also: der deutsche Staat *fördert* insgeheim die Schwarzarbeit. Die Politik dieses Staates *dient* den Kapitalisten und wird in *ihren* Interessen und Bedürfnissen angewandt. Die Arbeiter hingegen haben das Nachsehen. Allein die 10 Reichsten der Welt konnten während der „Corona-Pandemie“ ihren Reichtum um unfassbare 40% steigern. In Deutschland ist das nicht anders. Während die Arbeiter hierzulande in Kurzarbeit einen großen Teil ihres Lohnes einbüßen müssen, dürfen sich die Milliardäre über Geschenke freuen.

In die Schwarzarbeit gedrängt

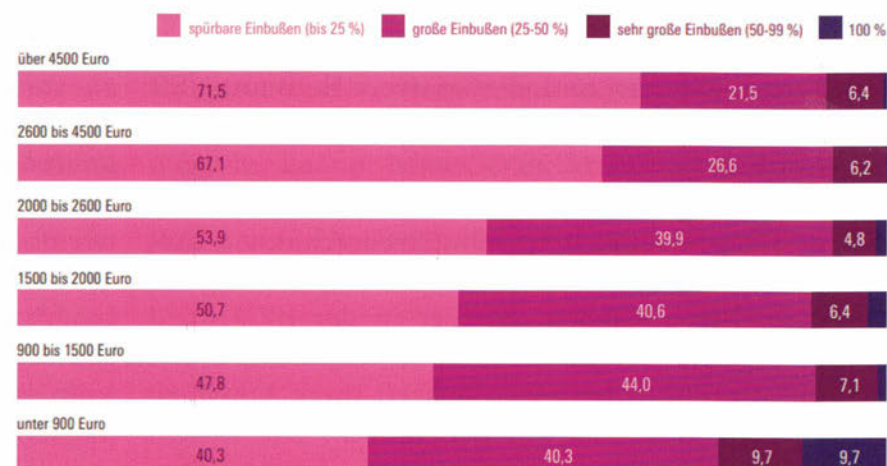
Im Verteilungsbericht 2020 des „WSI“ („Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung) zeigen die erhobenen Daten deutlich, wer in Deutschland (unfreiwillig) im Zuge der Wirtschaftskrise in Schwarzarbeit fällt: Menschen, die vor der Krise bereits kaum etwas verdient haben. Denn im Zuge der Wirtschaftskrise gibt es bis jetzt eine Einkommensgruppe, in der ein Teil - 9,7 Prozent - sein gesamtes Einkommen verliert: Haushalte mit 900€ oder weniger im Monat. Also lediglich Geringverdiener haben im Zuge der Wirtschaftskrise alles verloren, während besonders Menschen mit hohem Einkommen (ab Netto 2000€ und mehr

im Monat) weniger einbüßen. Die „Corona-Krise“ ist somit nachweislich eine Klassenfrage. Die Arbeiterklasse verliert viel bis alles, und die Bourgeoisie wenig bis gar nichts. Folglich ist es auch wenig klärungsbedürftig, wer in die Schwarzarbeit getrieben wird: gering verdienende Arbeiter, die alles verloren und verzweifelt irgendwelche Arbeiten suchen *müssen* (z.B. die Hilfskräfte im Gastronomiebereich). Schließlich werden sie nicht mit „Corona-Hilfsgeldern“ „subventioniert“.

Die Schwarzarbeit dient im Großen und Ganzen den Kapitalisten, sie profitieren davon wortwörtlich, indem sie Lohneinsparungen haben und keine „nervigen“ Arbeitnehmerrechte mehr beachten müssen. Die Kapitalisten *setzen ihre eigenen Gesetze und Verpflichtungen aus*, die vorgeblich zum Schutz der Arbeiter verankert wurden. Es wird bei der Schwarzarbeit, die sie zu bekämpfen vorgeben, bewusst weggeschaut. Die Wirtschaftskrise wird infolge auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen.

Wir sind die leidtragenden der Schwarzarbeit. Wir verlieren unsere verbliebenen, erkämpften Arbeiterrechte. Wir werden noch stärker ausgebeutet und sehen uns stets vor der Gefahr, selbst noch die miesest-bezahlte Schwarzarbeit zu verlieren. Die Kapitalisten profitieren hingegen sogar noch von der „Corona-Pandemie“. Auch wenn wir uns freuen, unsere finanzielle Situation durch ein paar schnell verdiente Euros aufzubessern, wird sich unsere allgemeine Lage durch den Ausbau der Schwarzarbeit verschlechtern, während die Ausbeuter weiter profitieren. •

Haushalte mit Einkommenseinbußen durch Corona, nach Höhe der Einbußen und monatlichem Nettoeinkommen
Mehrpersonenhaushalte, Anteile in Prozent



PLATZ IN DER KITA FÜR MEIN KIND?

Ein Kind ist unterwegs. Die Frau ist schwanger und muss sich nach der Geburt um die Bedürfnisse des Säuglings kümmern. Ein gewohntes Arbeiten am Arbeitsplatz muss in dieser Zeit umstrukturiert werden. Die täglichen Bedürfnisse des Kindes nach Nähe, Nahrung und dem Windelwechseln müssen geregelt sein. Der Staat verankert im Mutterschutzgesetz, dass die Mutter in der Regel sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung vom Arbeitgeber und der Krankenkasse weiterhin Gehalt bezahlt bekommt, aber nicht arbeitet, sondern im Mutterschutzurlaub ist. Danach können sich Eltern in Deutschland Elterngeld und/oder Elterngeld plus und noch eine 3. Form, den Elternbonus sichern, wenn beide Eltern nach der Geburt nicht wieder eine 100%-Stelle antreten können oder wollen. Arbeitet die Mutter nach dem Mutterschutzurlaub wieder, stehen ihr Stillpausen zu. Möchten beide Elternteile wieder arbeiten gehen und wollen das Kind in eine Betreuung geben, bieten Kindertagesstätten (Kitas) oder Kinderkrippen auch die Betreuung von Säuglingen ab dem Alter von 0 Jahren an. Teilweise sogar 12 Stunden pro Tag.

Aktuelle pädagogische Erkenntnisse zeigen, dass das Besuchen einer Kita innerhalb der ersten zwei Lebensjahre des Kindes gut für die Psyche ist (*Uniklinik Dresden 2016*). Ein früher Kitabesuch ermöglicht zudem eine frühe Entwicklung erweiterte Sprachkompetenzen, eine klarere Entwicklung der Körper- Hand und Augenkoordination, Fortschritte beim Zählen, seltener übergewichtige Kinder, soziale Kontakte zum Spielen, Toben und Regeln erlernen, Förderung des Selbstbewusstseins, Lernen von älteren Kindern und eine aktivere Betreuung als ein „Nebenher-Laufen“ im häuslichen Alltag der Familie.

Wie arbeitende Erziehungsberechtigte ihre Zeit mit dem Kind mit ihrer Erwerbstätigkeit vereinbaren können, ist hier in der BRD nicht einheitlich geregelt. Es gibt finanzielle Konzepte, um die Eltern bei einer Auszeit ihrer Arbeit zu unterstützen, oder bei der Teilzeit. Die Kosten

für arbeitende Eltern für einen Kitaplatz sind aber nicht klar geregelt.

Artikel 3 des Grundgesetzes der BRD beschreibt im 3 Absatz, dass niemand wegen seiner Heimat und Herkunft benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Geht es um Kita-Gebühren in der BRD, werden Familien aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt oder erhalten einen Vorteil. Präziser ausgedrückt handelt es sich um eine ungleiche Behandlung aufgrund des Wohnortes. In welcher Region Eltern wohnen, entscheidet, wie viel sie für die Betreuung ihres Kindes in der Kita zahlen.

Kitafinanzierung ist zum größten Teil Ländersache. Der Bund hat im Jahr 2020 mit dem „Gute Kita Gesetz“ einen 5,5-Milliarden-Euro-Topf vertraglich an die einzelnen Bundesländer verteilt. Die Bundesländer konnten entscheiden, wofür sie es einsetzen. Dieser Bonus gleicht jedoch nicht zwangsläufig die starken Ungleichheiten in den Kita-Finanzierungskonzepten der BRD aus (offiziell darf das Geld auch für andere Baustellen im Frühbetreuungsbereich eingesetzt werden: Bedarfsgerechtes Angebot, guter Betreuungsschlüssel, qualifizierte Fachkräfte, starke Kitaleitung, kindgerechte Räume, gesundes Aufwachen, sprachliche Bildung, starke Kindertagespflege, Netzwerk für mehr Qualität und vielfältige pädagogische Arbeit). Eine große Rolle, ob die Kita viel oder wenig kostet, spielt dabei, wie gut es der Region geht, in der die Eltern leben und die Kita besucht wird. Starke, reiche Regionen mit vielen Steuereinnahmen haben somit – wenn die Politik sich dazu entscheidet, das Geld in die Kitas zu stecken – die niedrigsten Kitagebühren bis gar keine. Im Gegensatz dazu haben schwache Regionen also nicht nur wenig Strukturen für die Arbeit der Eltern zu bieten, sondern obendrauf noch höhere Gebühren für die Kinderbetreuung.

Innerhalb der Kitas sieht es nicht rosig aus: Sie sind am Limit, was das Personal angeht. Dieser Job ist ein typischer Job, der aufgrund der patriarchalen Strukturen in unserer Gesellschaft

vor allem von Frauen gemacht wird und bei dem mit der Begründung, es sei ja „für die Kinder“, wie bei anderen Berufen in ähnlichen Bereichen auch, immer wieder Extra-Arbeiten und allgemein mehr Ausbeutung gemacht werden. Außerdem ist die Kita in Zeiten der Corona-Pandemie ein Arbeitsumfeld, in dem alle Beteiligten jeden Tag mit unzureichenden Sicherheitsbestimmungen konfrontiert sind. „Corona-Extrazahlungen“ sind nicht angedacht. In Sachsen-Anhalt zum Beispiel ist die Betreuung offiziell ein Betreuer zu zwölf Kindern. Jedoch sieht die Realität deutlich anders aus, höher. Oft kümmert sich ein Erzieher um eine Gruppe. Sich einzeln um 12 Kinder zu kümmern ist schwierig, was die Einhaltung der Aufsichtspflicht angeht. 2019 hat die Bertelsmann-Stiftung für Kitas eine Betreuung von 7,5 Kindern pro Erzieherin in einer Gruppe mit einer Maximalgröße von 18 Kindern empfohlen. Mecklenburg-Vorpommern ist aktuell das Schlusslicht beim Personalschlüssel mit 13 Kindern, die von einer Erzieherin alleine beaufsichtigt werden müssen. *„Das gute Kitageld des Bundes ist in die Entlastung bei den Beiträgen geflossen“*, hetzt Stefanie Drese, Sozialministerin Mecklenburg-Vorpommern, bei Frontal 21. Wir müssen uns nicht damit abspeisen lassen, dankbar dafür zu sein, dass in diesem Bundesland Eltern nun kein Geld mehr für die Kita bezahlen müssen, dafür aber akzeptieren, dass der Personalschlüssel der Erzieher immer noch der schlechteste in der gesamten BRD ist. Das ist inakzeptabel. Hier wird versucht, ein Keil zwischen Eltern und Erzieher zu treiben. Es liegt allein an der Politik der BRD, die die finanziellen Mittel nicht ausreichend flächendeckend im Bereich der frühkindlichen Erziehung einsetzt.

Das Kümmern um die Kinder unserer Gesellschaft ist keine Handlungspriorität, weil dies keine Republik der Arbeiter ist. Als Proletarier weiter zu schufteten und gleichzeitig Kinder versorgt zu wissen, ist keine einfache Sache. Der Bundesrepublik ist es egal, ob die Betreuung für die Kinder qualitativ hochwertig ist. Sonst gäbe es längst eine gute Bezahlung der Erzieher und die beste Ausstattung der Räume, finanziert vom Staat und ohne jegliche Kostenbeiträge der arbeitenden

Eltern. Reiche Eltern haben die Möglichkeit und die finanziellen Mittel, sich private Kindertageseinrichtungsplätze, Tagesmütter oder Kinderbetreuerinnen, die in der Familie angestellt sind, mit Geld zu erkaufen. Eltern zahlen – wenn sie erwerbstätig sind – in den meisten Fällen etwas drauf. Manchmal bis zu 400€ im Monat. Außerdem ist die Rechnung und Aufschlüsselung, wie man das staatlich gezahlte Elterngeld am besten aufteilt und mit dem Arbeitgeber vereinbart, nicht einheitlich klar geregelt. Hier kann jede Familie individuell gucken, was am besten passt. Bis zu 67% des letzten durchschnittlichen Gehalts zahlt der Staat dem Elternteil, der zu Hause bleibt, bis zu 12 Monate. Mit dem Elterngeld plus können aus einem „normalen Elterngeldmonat“ doppelt so viele „Elterngeld plus Monate“ gemacht werden. Ob die beruflichen Chancen am Arbeitsplatz durch die Inanspruchnahme von Elternzeit hier berufliche Nachteile bilden, ist übrigens nicht mit eingerechnet.

Mütter und Väter sollten keinen Nachteil daraus ziehen, Eltern geworden zu sein. Kostenlose Kitaplätze und gleichzeitig eine gute Ausstattung der Kitas und eine bessere Bezahlung der Erzieher muss gewährleistet werden. Der aktuelle Missstand ist ein Ausdruck des imperialistischen Systems, in dem wir leben. Es ist ein wichtiger Kampf, sich dafür einzusetzen, die Bedingungen sofort zu verbessern. Aber wenn der Staat etwas daran ändert, dann nur, damit wir nicht rebellieren. Die Politiker wissen um unsere Probleme und um ihre Macht. Geschenkt wird uns hier gar nichts. Wenn, dann wird das Volk besänftigt. Die wenigen Mitglieder der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, können sich Gebühren problemlos leisten. Das ist die Klasse, die die Fäden der BRD in den Händen hält. Die Arbeiterklasse und das ganze Volk sind hier am Arsch. Das Geld, das ein knapp bemessener Privathaushalt für Gebühren ausgeben muss, damit die Elternteile ihre Kinder betreut wissen, wenn sie arbeiten, fehlt an anderer Stelle. •

8. MÄRZ 2021 - FRAUEN HERAUS ZUM KAMPF!

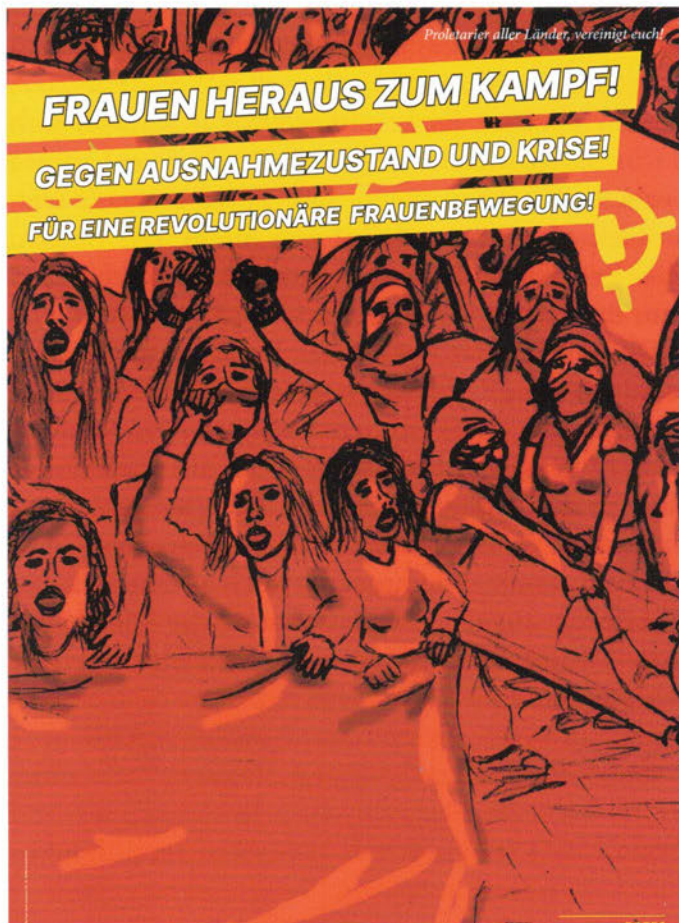
Wir publizieren an dieser Stelle Ausschnitte des Flugblatts des Roten Frauenkomitees zum diesjährigen Internationalen Frauentag:

FRAUEN HERAUS ZUM KAMPF!

Seit fast einem Jahr hält der deutsche Staat nun den Ausnahmezustand aufrecht. Ein Ausnahmezustand inmitten einer Wirtschaftskrise, die uns als „Corona-Krise“ verkauft wird. [...] Die Pflegerinnen und Krankenschwestern, die mit infizierten Personen in engem Kontakt stehen und deren Stellen immer weiter abgebaut werden, deren Schichten ständig weiter verlängert werden und dafür ein Bonus versprochen wird, den sie am Ende so nie bekommen. Die Erzieherinnen, die aus der Presse alle paar Wochen neue Regelungen erfahren, die von der Bundes- und den Landesregierungen beschlossen wurden, die die teilweise von Tag zu Tag geänderten Regelungen den Eltern erklären müssen, nur, um es dann ein paar Tage später noch einmal zu tun, und für die der angebliche Gesundheitsschutz nur ein Märchen ist, das jeden Tag aufs Neue erzählt wird. Die Verkäuferinnen, die in den engen Supermarktgängen den Kunden nicht ausweichen können. Und die Reinigungskräfte, die

in den Krankenhäusern, Pflegeheimen, den Kitas und den Schulen den Dreck wegräumen und am Ende verantwortlich gemacht werden, sollte sich das Virus in der Einrichtung verbreiten. [...]

Und da fängt das alles ja erst an. Was ist mit unseren Kindern, die betreut werden müssen, während wir arbeiten, aber nicht in die Schule oder KiTa dürfen? Stattdessen müssen die großen Kinder in vielen Familien auf die Kleinen aufpassen, weil die Eltern trotzdem noch zur Arbeit müssen. Die Kinder und Jugendlichen, die nicht vernünftig zuhause lernen können und dann nicht mal ihre Freunde sehen dürfen und zuhause eingesperrt sind. Die, wenn sie es doch wagen, sich draußen mit Freunden zu treffen, von der Polizei schikaniert und mit Bußgeldern belegt werden. [...] Die Alleinerziehenden, die mehrere Jobs haben, um sich und die Kinder über die Runden zu bringen. Die Hausfrauen, die jetzt mit der Betreuung ihrer Kinder ganz alleine gelassen werden. Und die Rentnerinnen, die ihre Rente mit Flaschensammeln aufbessern müssen. Dieses Jahr werden die bürgerlichen Parteien sicher wieder viel Aufmerksamkeit auf diese Probleme lenken und uns das Blaue vom Himmel versprechen, sie zu lösen, denn dieses Jahr sind wieder Bundestagswahlen. Aber der Parlamentarismus befindet sich in einer tiefen Krise, wie der Ausnahmezustand wieder und wieder gezeigt hat, darum brauchen sie jede Stimme, um ihr System als legitim darzustellen. Doch es ist der gleiche Betrug wie immer. Und die revolutionäre Frauenbewegung hat darauf die richtige Antwort: Wahlboykott! Denn Viele hatten ihr Vertrauen schon vor der Pandemie in den bürgerlichen Staat verloren, im Verlauf der Krise sind es noch mehr geworden, die den Zirkus der bürgerlichen Politik ablehnen. Diese Stimmung der tiefen Massen müssen wir bestätigen und so den Wahlboykott vorantreiben. [...] Genau das ist es auch, was wir in der BRD brauchen, eine revolutionäre Frauenbewegung, die sich mit unseren Klassenschwestern und -brüdern vereint und den Kampf um die Rekonstitution der Kommunistischen Partei vorantreibt – vollkommen anders, als die ganzen bürgerlichen Parteien, und die sich nicht dem Wahlzirkus anbiedert, und die konsequent das Interesse der Arbeiterklasse vertritt.



**Gegen Ausnahmezustand und Krise!
Für eine revolutionäre Frauenbewegung!**

150 JAHRE PARISER KOMMUNE

Am diesjährigen 18. März jährt sich ein großes Ereignis für das internationale Proletariat zum 150. Mal: Die Pariser Kommune. Sie war die erste großartige Erhebung der Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die herrschende Klasse und gegen das kapitalistische System. Sie ist die Geburtsstunde der Diktatur des Proletariats, das erste Mal, dass die Arbeiterklasse nach den Sternen griff, durch den Kampf mit der Waffe in der Hand die Bourgeoisie stürzte, die Macht gewann und sie mit größter Anstrengung und Opferbereitschaft verteidigte. Sie ist der Auftakt einer neuen Zeit, ein Markstein für die Epoche der proletarischen Weltrevolution und ein Beweis für die Richtigkeit grundlegender Prinzipien des Marxismus. Auch wenn sie letzten Endes nach 72 Tagen gescheitert ist und es der Reaktion durch einen mörderischen Pakt gelang, die Pariser Kommune niederzuschlagen, ist sie ein großer Erfolg in der Geschichte des Proletariats, weniger wegen ihrer unmittelbaren Erfolge, sondern in der Hauptsache wegen der Lehren, die sie unserer Klasse brachte.

Am 18. März vor 1871 begann der Aufstand der Arbeiter von Paris. Die noch jungen Klassenverhältnisse waren entstanden infolge der bürgerliche Revolution im Jahre 1789, in der es der Bourgeoisie gelang, die feudale Herrschaft zu stürzen, die Macht zu erobern und sich als herrschende Klasse zu etablieren. An die Stelle des Feudalismus tritt der Kapitalismus, dessen Produktion durch den technischen Fortschritt geprägt ist. Somit entsteht in dieser Zeit auch endgültig die arbeitende Klasse, das Proletariat, das in den darauffolgenden 80 Jahren ein immer stärkeres Bewusstsein und einen immer klareren Klassenstandpunkt entwickelt. Auch vor 1871 werden viele Schlachten vom Proletariat gegen ihre Unterdrücker geschlagen, heldenhaft, entschlossen und mit der Waffe in der Hand. Geformt im Klassenkampf, treten auch die ersten großen proletarischen Führer hervor – Karl Marx und Friedrich Engels – die 23 Jahre vor der Pariser Kommune mit dem Manifest der Kommunistischen Partei von 1848 den Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse ebnet und den Grundstein der



Kommunarden von Paris

GESCHICHTE

Ideologie des Proletariats legen. Die folgenden Jahre sind für die französischen Arbeiter geprägt von täglichem Kampf, von Armut und Krieg. Ganz besonders im Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, der im Jahre 1870 begann, lässt die Bourgeoisie rund 1,6 Millionen französische Arbeiter für ihre Zwecke den Kopf hinhalten und schickt etliche in den Tod.

Geprägt durch diese Zeit holen sich Anfang 1871 Teile der Nationalgarde, die aus revolutionären Arbeitern besteht, Artilleriegeschütze von der reaktionären französischen Armee und lagern sie in Pariser Arbeitervierteln. Ein Angriff der reaktionären Truppen vom 10. März 1871 auf die Arbeiterviertel wird verhindert. Als die Reaktion am 18. März erneut zu einem Angriff bläst, der sich gegen alle Verstecke richten soll, drehen auch Teile der Soldaten der französischen Armee die Gewehre um, erschießen ihre Befehlshaber und verbrüdern sich mit den Arbeitern in der Nationalgarde. Die Arbeiter fürchteten weder den Feind im eigenen Land, noch das mächtige Deutschland. Sie entschlossen sich für den Aufstand und krepelten einen reaktionären Krieg um zu einem revolutionären Bürgerkrieg. Die Regierung um Adolphe Thiers und seine übrigen Truppen flohen unterdessen nach Versailles. Die Pariser Kommune war geboren, die politische und militärische Macht in den Händen haltend und gegen jeden Angriff verteidigend. Nur acht Tage später finden die ersten Wahlen für den Pariser Gemeinderat (im französischen „Commune“) statt, der gleich an erster Stelle die Verteidigung

von Paris und die allgemeine Bewaffnung des Volkes stellte. Parallel dazu verschworen sich die Kriegsfeinde Frankreich und Deutschland in einem mörderischen Pakt und begannen Paris von beiden Seiten zu umstellen. Die fortschrittlichsten Teile der Pariser Kommune plädierten schnell für einen Angriff auf Versailles, um die Regierung zu stürzen und damit den Paukenschlag für die Revolution in ganz Frankreich zu geben. Doch das wurde nicht umgesetzt, und so hatte die Reaktion Zeit, Kräfte zu sammeln und sich auf einen Angriff vorzubereiten. Am 21. Mai stürmten die reaktionären Truppen der französischen und der deutschen Bourgeoisie nach wochenlangem Kampf Paris. Es folgte die brutale Niederschlagung der Pariser Kommune durch die Reaktion, die als „Blutige Maiwoche“ in die Geschichte einging. Folter, Hinrichtungen, Deportationen, Massenerschießungen – am Ende wurden rund 30.000 Kämpfer der Kommune ermordet und 40.000 inhaftiert – alles binnen einer Woche. Die Erschießung von 147 Kämpfern am 28. Mai gilt als Ende der Pariser Kommune. Doch trotz alledem, trotz der ungeheuerlichen Gewalt der Reaktion und trotz der scheinbaren Übermacht der Herrschenden, kapitulierten die Arbeiter zu keinem Zeitpunkt. Sie gaben ihre Waffen nicht aus der Hand, sie gaben ihre neu gewonnene Macht nicht einfach wieder her und kämpften bis zum letzten Tropfen Blut, verewigt in der Geschichte als die, die den erste Schritt gegangen sind auf dem Pfad, an dessen Ende die Befreiung des Proletariats steht. Oder wie Karl Marx es kurz vor Ende der Pariser Kommune sagte: *„Wenn die Kommune geschlagen wird, so*



ist der Kampf nur aufgeschoben. Die Prinzipien der Kommune sind ewig und können nicht zerstört werden; sie werden sich immer wieder und wieder durchsetzen, bis die Arbeiterklasse befreit ist.“

Es sind die Prinzipien des Marxismus, die sich in der Pariser Kommune bewahrheitet haben. Das Prinzip und die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt für die Ergreifung der Macht und damit eng verbunden die Bewaffnung der Arbeiter; dass die Pariser Kommune nur mit der Waffe in der Hand erkämpft werden konnte. Dazu legten sie die Waffen nicht nieder, als sie gesiegt hatten; sie verteidigten ihre Macht mit den Waffen, denn sie verstanden, dass wenn sie die Waffe aus der Hand legen, auch die Macht ihren Händen wieder entgleiten würde. Das erste Mal wurde, sich auf die bewaffneten Arbeiter stützend die Diktatur des Proletariats errichtet, um die Macht zu erhalten. Klar in dem Bewusstsein, dass der alte Staat nicht einfach übernommen werden kann, sondern durch den eigenen Staat ersetzt werden muss, der dem Proletariat dient. Bis zum Ende der Pariser Kommune hielten die Arbeiter unerschütterlich die Moral hoch und ließen sich nicht einmal durch die widerlichsten Gräueltaten der Bourgeoisie brechen.

Doch auch, wenn die Pariser Kommune ein großartiges Ereignis in der Geschichte des Proletariats war und ist, können wir heute sagen, dass es Fehler gegeben hat. Was sich ganz

besonders zeigt, ist die Frage der Zerschlagung des reaktionären Staates. Es ist der Pariser Kommune zwar gelungen, Paris zu erobern, die reaktionären Streitkräfte aus der Stadt zu jagen und die eigene Macht aufzubauen, jedoch wurde der reaktionäre Staat nicht vollständig zerschlagen. Versailles, wo die Regierung sich versteckte, blieb unversehrt und konnte den Schlag gegen die Kommune planen und vorbereiten. Das zeigt die Notwendigkeit, den alten Staat zu zerschlagen um die Macht der Bourgeoisie zu brechen. Dazu kommt die nicht ausreichende Organisation der Kommune. Aus heutiger Sicht können wir sagen, dass ein zentrales Problem der Kommune war, dass sie nicht die Kommunistische Partei war, denn eine jede Revolution kann nur durch die Kommunistische Partei geführt und gewonnen werden. Eine Frage, die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht ausreichend behandelt worden war und die durch die Weiterentwicklungen in den darauf folgenden 150 Jahren bis heute entscheidende Schritte gegangen ist.

Vor allem gilt es aber, die Pariser Kommune hochzuhalten als die erste Probe zur Eroberung der Macht durch das Proletariat. Und so gehen die „Himmelstürmer von Paris“ – wie Karl Marx sie nannte – als große Helden in die Geschichte unserer Klasse ein. •



AUSPRESSUNG LEICHT GEMACHT - CORONA IM SUPERMARKT

Zwischen halb sechs und zehn vor trudelt die Frühschicht ein. Wir versammeln uns im Pausenraum. Der Filialleiter trägt vorbildlich eine Maske, der Rest schießt drauf. Es gibt eine Ansage zu Corona. Wir dürfen jetzt nur noch alleine Pause machen. Wenn zwei gleichzeitig Pause machen, dann in unterschiedlichen Räumen. Eine Kollegin fragt sarkastisch: „Aber arbeiten dürfen wir schon noch zusammen?“ Das klingt sehr hygienisch; nebenbei wird uns die einzige Möglichkeit genommen, uns untereinander auszutauschen auf der Arbeit und mal ein längeres zusammenhängendes Gespräch zu führen.

Dann geht's los. Einstempeln und ran. Alle holen sich Headsets. Angezogen ist man schon, denn Umziehen gehört nicht zur Arbeitszeit. Diejenigen, die an die Tiefkühlware gehen, holen sich den Lieferschein, um zu wissen, was ihre Truhen sind. Eine Truhe soll man in maximal dreißig Minuten weghauen, sodass eine Person bis zur Öffnung des Ladens zwei Truhen verräumt und am besten auch schon die Zeitungen fertig hat. Truhe auf dem Hubwagen, raus aus dem Lager, zu den Tiefkühltruhen. Tür öffnen, Karton rausheben, zur Tiefkühltruhe laufen, aufschneiden, schütten oder sortieren. So geht das die ganze Zeit, bis was nicht passt. Dann hast du den Salat. Dann musst du das auf Rest packen. Je mehr nicht passt, desto schwieriger wird es, die Zeit einzuhalten. Im Vergleich zu Obst und Gemüse ist das aber nicht so anstrengend.

Dann holen sich alle nach und nach ihre Kassen. Vier-Augen-Prinzip. Ein Schicht- oder Filialleiter ist dabei, während man seine Kasse einwiegt. Wenn sie stimmt, geht man raus. Wenn man erste Kasse machen muss, freut man sich, wenn man vorher Obst und Gemüse gepackt hat. So hat man sich wenigstens ein bisschen bewegt, bevor man an den Stuhl gekettet wird.

An der Kasse muss man bei den meisten Läden ein festes Prozedere einhalten. „Guten Tag, einmal den Wagen rum bitte, einmal alles anheben bitte.“ Dann rüberziehen. Die Warenkennnummern (PLU) müssen sitzen, ansonsten ist man viel zu langsam. „Haben Sie Payback?“ Dabei muss man

ständig abwägen, wie sklavisch man sich an das Prozedere hält. Denn den Kunden geht das teilweise auf den Sack, und dann gehen die einem auf den Sack. Aber es ist auch immer möglich, dass ein Mystery-Shopper kommt und eine Tafel Schokolade hinter der Selter versteckt oder eine teure Konserve in einem Kolli billiger versteckt.

In Corona-Zeiten sollen wir gleichzeitig auch noch Ordnungsamt spielen und die Kunden zum korrekten Tragen der Masken anhalten und an ihren Einkaufswagen erinnern. Darauf hat von uns nun wirklich keiner Bock. Security gibt es aber nur, wenn sich der Regionalverantwortliche das leisten will.

Durch Corona sind die Umsätze extrem gestiegen. Home Office heißt, niemand kauft sein Frühstück auf dem Weg zur Arbeit beim Bäcker, niemand kauft sein Mittagessen in der Kantine, Mensa, niemand geht nach der Arbeit ins Restaurant. Alle gehen zum Supermarkt oder Discounter. Das heißt natürlich mehr Verräumen. Man möchte meinen, dass mehr Leute eingestellt werden, und mehr Leute pro Schicht eingeteilt werden. Das stimmt aber nur sehr bedingt. Denn für die Einzelhandel-Monopole ist das vor allem eine Chance, aus der einzelnen Lohnstunde mehr Leistung rauszuholen. Acht Stunden arbeiten heißt hier wirklich acht Stunden arbeiten. Selbst Kollegen, die vorher als Aushilfen auf dem Bau Fenster geschleppt haben, sagen, dass das die härteste Arbeit ist, die sie je gemacht haben. Denn da muss man vielleicht schwerere Sachen tragen, aber man kann auch zwischen durch mal durchatmen oder eine rauchen. Hier nicht.

In Kombination mit den Schulschließungen sorgt diese Belastung natürlich auch für Krankheitstage. Oder sagen wir besser freie Tage. Denn Filialleiter machen gerne Druck, dass man sich nicht krank meldet oder sagen gönnerhaft, dass man sich ja nicht krank melden müsse. Wohlwissend, dass man dann auch keine Kohle bekommt.

Bei den großen Monopolen wird öfter eine „offene Gesprächskultur“ gepflegt, wo man Raum

bekommt, seine Perspektive zu schildern oder sowas. Da sitzt man dann mit der Filialleitung, oder der Regionalleitung oder so ominösen Figuren wie „Personalbeauftragten“. Die stellen einem dann Fragen, die ganz empathisch wirken, aber vor allem Unzufriedenheiten ausloten sollen, um zu wissen, wer im Team ein Problem werden könnte. Der „Personalbeauftragte“ ist sowas wie ein Fake-Betriebsrat. Der gehört zur Personalabteilung und gaukelt den Angestellten vor, ihre Interessen zu vertreten. So werden Widersprüche zwischen der Filialleitung als Repräsentant des Interesses des Unternehmens und der Belegschaft von einem „Außenstehenden“ „geschlichtet“, der selbst das Interesse des Unternehmens vertritt. Die Arbeiter stehen so immer als Individuen im Klassenkampf ohne eigene Organisation. Als wären Betriebsräte von gelben Gewerkschaften nicht schon schlimm genug!

Was hierbei auch deutlich wird, ist dass die Filialleitung ähnlich wie Kleinbürger „gespaltene Persönlichkeiten“ sind. Einerseits arbeiten sie mit uns, und auch nicht weniger hart als wir. Andererseits kriegen sie Druck und Belohnungen, damit sie das Interesse des Unternehmens vertreten. So sind sie hin und her gerissen zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Deshalb gibt es die Regionalleitungen und die „Personalbeauftragten“, die den Filialleitungen auf die Finger schauen und hauen.

Als Dankeschön, dass der Dienst am Kapital im Einzelhandel relativ streikfrei vonstatten ging,

und man die Kampfmaßnahmen der Bourgeoisie brav hat über sich ergehen lassen, wurde zeitweise auf Balkons geklatscht. Danke für nichts. Was bringt es uns, dass angeblich an uns „gedacht“ wird, wenn die Arbeit gleichzeitig immer anstrengender wird und wir uns zusätzlich der immensen Gefahr aussetzen, uns an der Kasse mit Corona zu infizieren. Da der Bourgeoisie klar wurde, dass so ein Schmarn vielleicht nicht ausreicht, um den relativen sozialen Frieden aufrecht zu erhalten, hat die Regierung beschlossen, dass Arbeitgeber bis zu 1500€ auszahlen dürfen. Die Rewe Group war bei ihrem Unternehmen Penny besonders spendabel. Die haben ihren Angestellten einen Gutschein für das eigene Reise-Unternehmen geschenkt. Einen Reisegutschein, während einer weltweiten Epidemie. Ernsthaft. Weniger eine ernsthafte Kompensation für unsere Mühe, mehr ein schlechter Witz ist das. Zynisch ist das, uns von unserer nächsten Reise träumen zu lassen, wenn nicht mal absehbar ist, dass wir nach der Rückreise nicht zwei Wochen unbezahlten Urlaub nehmen müssen, ganz zu schweigen von den Einreisebeschränkungen in vielen Ländern.

Als in Hamburg im Nahverkehr gestreikt wurde, wurde uns von der Filialleitung angesagt, dass wir uns gefälligst selbst darum kümmern sollen, wie wir zur Arbeit kommen. Daraufhin meinte ein Kollege: „Streiken? Können wir doch eigentlich auch mal machen!“ •



GESUNDHEITSSCHUTZ IN KITAS? – NICHT IN BREMEN!

Während das Leben draußen im zweiten „Lockdown“ über weite Teile stillsteht, herrscht in Kindergärten fast Normalbetrieb. Dabei sind die Kindergärten doch eigentlich offiziell mit „Ausnahmen“ geschlossen. Doch da keine Alternative angeboten wird, funktioniert das bei berufstätigen Eltern in vielen Fällen nicht. So wird die „Notbetreuung“ zu einer Art Normalbetrieb mit Einschränkungen. Schätzungsweise mehr als ein Drittel der Eltern schicken ihre Kinder in Deutschland noch in die Kita. „Eingeschränkter Regelbetrieb“ heißt das Konzept der Bremer Landesregierung seit Beginn des „2. Lockdowns“, was Bildungssenatorin Bogedan (SPD) folgendermaßen erklärt: *„...dass nach wie vor alle Kinder einen Anspruch haben, aber die Betreuungssituation in der Kita verengt wird...“*. Wie in Schulen, wo die Präsenzplicht im Allgemeinen aufgehoben ist, sollen auch Kindergartenkinder so weit es geht zu Hause bleiben. Wie alles dann tatsächlich organisiert wird, wird den Kindertagesstätten und ihrem Personal selbst überlassen.

Viele Vorgaben, wenig Klarheit

Alle paar Tage kommen von der Landesregierung neue Vorgaben, wie der Betrieb weiter umzusetzen ist. Kurz, nachdem Bogedan noch erklärt hatte, wie der „Eingeschränkte Regelbetrieb – Stufe 2“ ab 1. Februar umzusetzen sei, änderte sich die Reaktionsstufe zu „Notbetreuung“. Diese wird ihrem Namen zwar nicht gerecht, ist aber dennoch eine erneute Änderung der Maßnahmen, auf die man sich einstellen muss. Das kommt meist so spontan, dass es eine ungemene Menge Extraarbeit kostet, die Organisation der Betreuung umzustellen. Wenn die Türen der Kita schon längst geschlossen sind, muss mit den Eltern und den Kollegen noch abgesprochen werden, wer am nächsten Tag kommt und wer wen betreuen muss. So z.B. durch die Verringerung der Gruppengröße auf maximal 10 Kinder. Dazu kommt, dass die Maßnahmen kompliziert oder unklar und teils einfach unverständlich sind. Die Reaktionsstufe „Notbetreuung“ gibt vor, dass „ein Betreuer *möglichst* nur in einer Bezugsgruppe eingesetzt“ werden soll. Dazu soll die Berufstätigkeit

der Eltern und deren Möglichkeit zu Home-Office berücksichtigt werden. Und zu allen anderen Kindern, die nicht anwesend sind, soll „Kontakt gehalten“ werden. Das heißt, die ganze Verantwortung für die Maßnahmen, die die da oben von der Bildungsbehörde getroffen haben, fällt auf das Kita-Personal. Zu allen Kindern irgendwie Kontakt halten (es wird ja nicht gesagt, wie das gehen soll), möglichst nur eine Gruppe betreuen (es wird ja nicht gesagt, was tun, falls das nicht geht), und als Krönung noch entscheiden müssen, wer zu Hause bleiben muss. Mit ständig wechselnden Vorgaben, die selbst viele Fragen offen lassen, wird dem Personal vor Ort die gesamte Organisation der „Lockdown-Betreuung“ selbst überlassen. Unterdessen versuchen die Träger der Kitas, möglichst viele Kinder möglichst lange in die bestehenden Gruppen zu bringen, denn mehr Kinder bedeuten auch mehr Zahlungen von der Arbeit des Personals.

Mehr Aufwand, mehr Zeit

Die Kinder müssen jetzt an ganz unterschiedlichen Stellen betreut werden. Zum einen muss sich gleichzeitig um die Kinder in der Kita und um die, die nicht kommen können oder dürfen, gekümmert werden. Dadurch alleine nimmt die Menge an Arbeit stark zu, während nur ein Teil der Kinder betreut wird. Während die einen z.B. Videos für die Kinder zu Hause aufnehmen, müssen sich andere Kollegen um deren Gruppen zusätzlich kümmern.

Zum anderen müssen irgendwie die vorgegebenen Hygiene-Maßnahmen, besonders die räumliche Trennung, umgesetzt werden. D.h. die Gruppen können, z.B. in Randzeiten, nicht mehr zusammengelegt werden, für mehr voneinander getrennte Gruppen müssen gleich viele Kollegen sorgen. Das, während auch noch dafür gesorgt werden soll, dass die Hygieneregeln im Ablauf der Betreuungszeit beachtet werden. Das macht nicht nur mehr Arbeit, sondern fordert auch Opferung der freien Zeit. Zusätzliche Arbeitszeit, für die man nichts bekommt.

In der Menge an Stress stehen das Kita-Personal vor der Frage, wie man einerseits verhindert, dass

sich in der Kita angesteckt wird, und den Kindern andererseits trotzdem irgendwie Betreuung ermöglicht. Denn die Bildungsbehörde ist nicht daran interessiert und gibt sich entsprechend nicht die große Mühe, dieses Problem zu lösen. Denjenigen, die sich kümmern, fällt die ganze Verantwortung und die mit einhergehende Arbeit in die Hände.

Gesundheit steht hinten an

Kostenlose Tests für das Kita-Personal sollte es schon Anfang Januar in den Kitas selbst, also vor Ort geben. Kamen bis Mitte Februar aber nicht und die Sache verzögerte sich. Wohl noch weiter hinten an steht das Kita-Personal in der Impfreihenfolge. Obwohl Erzieher nach Pflegepersonal wahrscheinlich den meisten Kontakt zu Menschen haben, sind sie erst in Impfgruppe 3 und stehen somit z.B. hinter Bereitschaftspolizisten. Die sind wohl weder Risikogruppe, noch haben sie mit besonders vielen Kranken zu tun.

Die Behauptung, die Ansteckungsgefahr in Kindergärten sei gering, ist einfach falsch. Kinder haben zwar oft keine Symptome, können aber genau so sich und andere infizieren. Und abgesehen davon, dass viele Menschen auf einmal da sind, sind sie auch noch sehr dicht beieinander. Wer mit Kindern arbeitet, kann weder die ganze Zeit Abstand halten, noch Maske tragen. In einer Kindertagesstätte im Stadtteil Osterholz infizierten sich 16 von 22 Erziehern infolge eines Ausbruchs. Auch wenn überall wo möglich Maske getragen und sich an die Hygiene-Regeln gehalten wurde. Das hilft halt alles nicht, wenn man die ganze

Woche mit einer großen Gruppe Kinder engen Kontakt hat.

Die Bildungsbehörde nimmt die Situation der Kita-Mitarbeiter schulterzuckend zur Kenntnis: „Mir ist bewusst, dass die Pandemie eine große Kraftanstrengung für Eltern, Kita-Beschäftigten und Kindern bedeutet. Gerade deshalb bitte ich Sie, um ein solidarisches Handeln, um den Kita-Betrieb unter den schwierigen Bedingungen – soweit es sicher möglich ist – aufrecht erhalten zu können“, lässt die Abteilung Frühkindliche Bildung verlauten. Wir sollen die von ihnen gemachten Probleme wie üblich unter uns klären. Die Bildungssenatorin bekräftigt, wie bewusst es ihr ist, dass einige Kita-Mitarbeiter völlig überlastet sind. Aber es sei „nicht die Situation für runde Tische“. Obwohl sich vom einzelnen Erzieher bis zu den gelben Gewerkschaften niemand mit den politischen Maßnahmen einverstanden zeigt, besteht laut ihr kein Diskussionsbedarf. Warum? Weil sie sich nicht mehr rechtfertigen kann. Und das ist die Ecke, in die sich die politischen Vertreter dieses Systems immer mehr bringen. Jedes Versprechen aus verganginem Frühling, dass sich die Situation der Arbeiter in den „systemrelevanten“ und „unverzichtbaren“ Berufen deutlich verbessern würde, wirkt jetzt, wo alles nur noch schlechter wird, umso heuchlerischer. Umso hilfloser der Versuch, für Verständnis für die Maßnahmen, die aktuell geradezu ein Angriff auf die Rechte des Kita-Personals sind, zu werben, umso schneller sinkt das Vertrauen in die Vertreter dieses Staats, der einfach kein Interesse am Wohl eines Kita-Beschäftigten hat. •



Corona-Betreuung: Hirngespinnste...



...vs. Realität.

BADEN-WÜRTTEMBERG

BOYKOTTIERT DIE LANDTAGSWAHLEN!

Neben den Bundestagswahlen, die dieses Jahr ins Haus stehen, sind in Baden-Württemberg im März auch wieder einmal die Landtagswahlen. Schlagzeilen voll mit Wahlkampfgeschichten, Wahlplakate in der ganzen Stadt, bürgerliche Parteibroschüren im Briefkasten – fast alles wird von den Herrschenden in Bewegung gesetzt, um uns zum Wählen zu drängen. Inmitten der aktuellen Wirtschaftskrise, die voll und ganz auf den Rücken des Volkes abgewälzt wird, werben Politiker um unsere Kreuzchen und fordern uns auf, unsere Stimme abzugeben.

Immer wieder wird uns erzählt, dass die Wahlen ein Mittel zur Mitbestimmung seien und dass es unsere Pflicht wäre, uns an diesen zu beteiligen, beziehungsweise dass wir uns nicht beklagen dürften, wenn wir nicht „von unserem Wahlrecht Gebrauch machen“. Schließlich hätte man ja eine andere Fraktion der herrschenden Klasse wählen können und die hätte sich dann grundlegend anders verhalten.

Auch Teile der sogenannten politischen Linken rufen immer wieder dazu auf, wenigstens zu wählen, um das „schlimmste Übel“ zu verhindern und so beispielsweise eine Regierungsbeteiligung

der AfD zu verhindern. Manche behaupten sogar, man könne mit Mehrheiten in Parlamenten und Reformen Stück für Stück den Sozialismus einführen. Aber was ist dran an diesen Appellen? Wenn man genauer hinsieht, nicht viel. Dass wirkliche Veränderung mit dem bürgerlichen Staat möglich ist, ist nichts weiter als ein Hirngespinnst, was die Geschichte immer wieder zeigt. Egal welche Parteien in der Regierung sitzen, sie handeln nicht im Interesse der werktätigen Massen. Egal ob die herrschenden Parteien rechts oder „links“ eingestellt sind, die Ausbeutung und Unterdrückung bleibt die gleiche. So war sich auch die Linkspartei in Thüringen nicht zu schade, ein neues Polizeigesetz einzuführen, was mit den absurdesten Geschichten gerechtfertigt werden sollte. Auch die letzten Monate und die sogenannten Corona-Maßnahmen beweisen eindrücklich, dass es nicht relevant ist, welche Parteien gerade am Drücker sind, denn überall in der BRD wurde grundsätzlich das Gleiche gemacht.

Während Zehntausende ihre Jobs verlieren oder auf Kurzarbeit gesetzt werden und sich nun ihre Miete nicht mehr leisten können, werden Milliarden an Hilfsgeldern für Lufthansa, Thyssen-Krupp und Co. ausgegeben. Ebenso wird seit Ausbruch der



Pandemie von der Regierung nichts unternommen, um die katastrophale Situation im kaputtgesparten Gesundheitswesen zu verbessern. Zwar wurde immer wieder von der Politik gesagt, wie wichtig doch gerade in dieser Zeit die Pflege sei, doch außer nette Worte und Geklatsche vom Balkon gab es keine Veränderung. Obwohl seit Beginn der Pandemie klar war, dass die Krankenhäuser unterbesetzt sind und nicht dazu in der Lage sein würden, eine zweite Welle aufzufangen, müssen heute Pfleger zur Arbeit kommen, obwohl sie Corona-positiv getestet wurden.

Ausgangssperren, Kontaktverbote, massive Beschränkung demokratischer Rechte, das ist, was unser Leben seit mittlerweile einem Jahr prägt. Das alles natürlich angeblich zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Inlandseinsätze der Bundeswehr? Aufhebung der Unverletzlichkeit der Wohnung? Alles für die „Pandemiebekämpfung“. Aber wir müssen weiter für die Profite unserer Chefs schuften und dabei unsere Gesundheit riskieren. Es geht ihnen nicht um unser Wohlergehen. Die Produktion muss weiter laufen, Monopole werden mit Milliardensummen subventioniert, kleine Unternehmen gehen pleite, Arbeiter verlieren ihre Jobs. Gleichzeitig bekommen Bundeswehr, Polizei und Geheimdienste immer mehr Befugnisse, die Befugnisse des Parlaments werden beschnitten. Gerade die letzten Punkte sind wichtig, denn sie sind entscheidend für die Interessen der deutschen Bourgeoisie.

Deutschland ist ein imperialistisches Land, das danach strebt, zu einer Supermacht zu werden. Ökonomisch ist es dafür auch verhältnismäßig gut aufgestellt und nutzt seine Hegemonie innerhalb der EU, um seine Schwächen, hauptsächlich auf militärischem Gebiet, auszugleichen. Allerdings hat die deutsche Bourgeoisie dabei ein Problem, denn um ihre Interessen konsequent durchsetzen zu können, braucht sie einen starken Staat. Dabei steht ihr beispielsweise der föderale Charakter der BRD und die Gewaltenteilung im Weg. Die sogenannten „Corona-Maßnahmen“ des letzten Jahres sind Teil der Bemühungen, diese Hürde zu überwinden und Ausdruck der faschistischen Tendenz im bürgerlichen Staat.

Allerdings ist ein starker Staat nur so stark, wie er „das Volk“ hinter sich hat, das heißt, wie groß die Zustimmung zu ihm ist, wenn auch nur scheinbar. Den Zweck, diesen Staat zu legitimieren, erfüllen die Wahlen. Je höher die Beteiligung, egal für welche Partei, umso mehr „Legitimität“ hat der bürgerliche Staat. Denn was alle Parteien in der BRD gemeinsam haben, ist, dass sie die herrschende Klasse vertreten, wenn auch unterschiedliche Fraktionen mit jeweils unterschiedlichen Interessen. Aber warum sollten wir ein Interesse daran haben, einer dieser Fraktionen unsere Unterstützung zukommen zu lassen? Wir brauchen nicht die eine oder die andere bürgerliche Partei. Wir brauchen eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Und diese können wir nur schaffen, wenn wir die BRD, den Staat der Imperialisten vollständig zerschlagen. Darüber kann es keine Illusionen geben.

Wie groß die Ablehnung aller möglichen bürgerlichen Wahlvereine tatsächlich ist, zeigt sich deutlich in einer immer weiter rückläufigen Wahlbeteiligung. 14 Millionen Menschen haben sich 2017 dazu entschieden, zur Bundestagswahl keine Stimme abzugeben, 2019 zur EU-Wahl waren es sogar 23 Millionen. Lasst die Bourgeoisie und ihre Papageien ruhig laut darüber schreien. Dieser Boykott ist gerechtfertigt und korrekt, wir haben in diesen Wahlen nichts zu gewinnen. Stattdessen gilt es, den verlogenen Versprechungen der Bonzen den aktiven Wahlboykott in Form von **„Agitation, Werbung, Organisation der revolutionären Kräfte in größerem Maßstab, mit verdoppelter Energie, unter dreifachem Druck.“** (Lenin, „Der Boykott der Bulyginschen Duma und der Aufstand“) entgegenzustellen. Lasst uns also Organisationen schaffen, um tatsächlich für unsere Sache zu kämpfen. Lasst uns Schluss machen mit den Illusionen und vollständig mit dem Staat der Ausbeuter brechen.

Geht nicht wählen, sondern kämpft und wehrt euch! •

JUNG UND KEINE ARBEIT – SO GEHT ES IMMER MEHR JUGENDLICHEN

In Bochum im Herzen des Ruhrgebiets steigt die Arbeitslosigkeit, wie auch im Rest der BRD, weiter an. Immer wieder hört man von Entlassungswellen der großen Konzerne wie Siemens, die fast 8.000, in Deutschland 3.000 Arbeiter ihrer Tochterfirma „Siemens Energy“ entlassen wollen. Anfang Februar lag die Arbeitslosenquote in Bochum bei 10,4% und damit 4,1% über dem Bundesdurchschnitt von 6,3%. Dass die Zahlen nicht noch weiter gestiegen sind, liegt daran, dass viele Betriebe Kurzarbeit angemeldet haben. Ein schwacher Trost, wenn man bedenkt, dass man von dem wenigen Geld seine Familie ernähren muss. Bei den Zahlen handelt es sich um die offiziellen Zahlen der jeweiligen Stellen; dass durch simple, aber plumpe Tricks versucht wird, die Zahlen nach unten hin zu schönen, ist lange bekannt. So fallen zum Beispiel Arbeitslose aus der Statistik, wenn sie in einer der vielen sinnlosen Maßnahmen des Jobcenters „beschäftigt“ werden. Sie gelten als unterbeschäftigt und sind deshalb nicht arbeitslos. Dass dies an der sozialen und finanziellen Lage der Menschen nichts ändert, ist dem Jobcenter egal. Das Ziel ist die Beschönigung der Statistik und damit die Beruhigung der Massen. Was die Herrschenden damit bewirken wollen, ist, dass das Problem der Arbeitslosigkeit viel kleiner erscheint.

Jugendliche die gerade mit der Schule fertig sind, haben durch die Entlassungswellen der großen Firmen und Konzerne auch ein großes Problem. Und zwar – wie findet man in der Krise eine Arbeit? Denn wenn Firmen Stellen streichen, brauchen sie keine neuen Angestellten, sondern überlegen, wie man seine Belegschaft „sozial verträglich“ los wird. Vor diesem Problem steht auch A. aus Bochum. Er ist letzten Sommer mit dem schulischen Teil seines Fachabiturs fertig geworden, fand aber aufgrund der Handhabung der Pandemie durch den Staat keinen Praktikumsplatz, da durch die Schließung der Geschäfte die meisten Praktikumsplätze nicht besetzt werden konnten. Deshalb kann er sein Fachabitur nicht zu Ende machen und mit seinem Abschluss nichts anfangen.

Wir haben mit ihm über seine Situation gesprochen. A. steht stellvertretend für eine wachsende Zahl an Jugendlichen, die keine Arbeit finden und

mit den Problemen weitestgehend vom Staat allein gelassen werden. Allein in Bochum stieg die Arbeitslosigkeit der 15- bis unter 25-Jährigen im Zeitraum vom Februar 2020 zu Februar 2021 um 9,8%. A. ist Anfang 20 und hat keine Arbeit, und wohnt deshalb bei seinen Eltern. Für das Jobcenter Grund genug, ihm keine Sozialleistung zu bezahlen. Die einzige Hilfe, die er und seine Familie bekommen, ist das sogenannte „Kindergeld“. Dafür muss A. regelmäßig Bewerbungen schreiben und nachweisen, dass er auf der Suche nach einen Job ist. Macht er das nicht, muss er und seine Familie die gezahlten Leistungen komplett zurückzahlen. Was für A.'s Familie aufgrund der wenigen finanziellen Mittel nicht möglich ist.

Aber für A. ist nicht das Bewerbungen Schreiben ein Problem, sondern die Firmen die sich nicht zurückmelden oder ihn aufgrund von mangelnder Erfahrung ablehnen. A. sucht eine Arbeit und will arbeiten. Deshalb schreibt er von sich aus regelmäßig Bewerbungen. Doch Hilfe vom Staat bekommt er nicht, sondern wie oben erwähnt, wird er weiter unter Druck gesetzt. Er stellt sich die Frage, ob es ausreicht, 15 oder mehr Bewerbungen in zwei Monaten zu verschicken, oder ob das Jobcenter sagt, das sei zu wenig, um ihn dann seine ohnehin schon geringen Leistungen zu entziehen.

Dass die ständige Angst vor dem Verlust des wenigen Geldes nicht gesund ist, kann sich jeder Denken. A. sagt, für ihn gibt es keinen Grund, morgens aufzustehen und einen geregelten Alltag zu führen, was bei ihm zu schon zu Schlafstörungen geführt hat. Neben diesen Problemen kommen Spannungen in der Familie hinzu, da A. zu wenig machen würde. Doch an dieser Lage ist nicht A. schuld, sondern die Ausbeuter, die, um die Umsatzzahlen zu retten, die Belegschaft entlassen und Stellen abbauen. Zudem kommt auch, dass kleine Betriebe ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen wollen, da ihnen das finanzielle Risiko in der Pandemie zu hoch ist. Mittlerweile ist A. an dem Punkt, dass er jede Arbeit annehmen würde, um aus der Situation rauszukommen und dem Druck des Jobcenters zu entfliehen. Auch will er seiner Familie nicht auf der Tasche liegen, sondern sein eigenes Leben führen.

Die Probleme von A. sind die Probleme unserer Klasse, aber was ist das große Problem für die Herrschenden an der Jugendarbeitslosigkeit? Die bürgerliche Propagandaabteilung die „Bundeszentrale für politische Bildung“ sagt dazu folgendes:

„Jugendarbeitslosigkeit hat sowohl kurz- als auch langfristig massive negative Folgen für Individuen und Gesellschaft. Arbeitslosen Jugendlichen fehlt eine Zukunftsperspektive, wenn der Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt nicht erfolgreich bewältigt wird. Aufgrund finanzieller Einschnitte können sie nur eingeschränkt am sozialen Leben teilhaben. Auf gesellschaftlicher Ebene kann die Jugendarbeitslosigkeit das Vertrauen junger Erwachsener in politische Institutionen mindern. Gleichzeitig werden ihr Arbeitspotenzial und ihre Fähigkeiten nicht ausreichend genutzt.“

Sprich, Jugendarbeitslosigkeit sorgt dafür, dass die Jugend nicht so ausgebeutet wird, wie sie es könnte, und auf der anderen Seite ist sie sozialer Sprengstoff, das heißt eine Gefahr für dieses verrottende System. Denn was man in so einer Situation als Jugendlicher erfährt, ist, dass dieses

System für uns nur Ausbeutung und Elend bereithält. In Südeuropa, wo die Jugendarbeitslosigkeit bei teilweise 40% liegt, kommt es immer wieder zu gewaltsamen Kämpfen zwischen der Jugend und dem Staat. Und auch in Deutschland haben Jugendliche beschlossen, sich nicht in das Elend stürzen zu lassen. So gab es letztes Jahr in Essen, der Nachbarstadt von Bochum, Proteste und Schulstreiks für bessere Bildung. Aber auch in Frankreich gibt es immer wieder Kämpfe von Schülern und Studenten, um ihr vom bürgerlichen Staat versprochenes Recht auf Bildung und damit die Hoffnung auf eine Arbeit, die wenigstens zum Leben reicht, durchzusetzen. Denn die Jugend weiß, dass ohne einen Schulabschluss oder Ausbildung nur Jobs im sogenannten Niedriglohnsektor auf sie warten. Was für die Betroffenen, wenn sie eine Arbeit finden, dann noch mehr Ausbeutung bedeutet. Sprich, Knochenjobs, bei denen man in Vollzeit nicht genug zum Leben hat. Und dagegen entwickelt sich langsam aber sicher Widerstand. Denn auch wenn häufig gesagt wird, die Jugend wäre nicht an Politik interessiert, zeigen diese Beispiele, dass die Jugend ihr Leben selbst in die Hand nehmen will und für ihre Zukunft kämpft. •



Studentenproteste in Frankreich

DAS „KENTLER-EXPERIMENT“: JUGENDAMT VERMITTELT BEWUSST KINDER AN PÄDOPHILE PFLEGEVÄTER

Während in vielen der Verschwörungstheorien, die aktuell an Popularität gewinnen, oft Geschichten über kindermisbrauchende Geheimgruppen auftauchen, liefert Berlin eine reale Geschichte, die wie eine solche Verschwörungstheorie klingt. Aber hier wurde das Ganze offen praktiziert. Die Geschichte macht immer mal wieder eine Runde durch die bürgerlichen Medien, wenn beispielsweise Studien erscheinen, wie Ende letzten Jahres. Sie bekommt aber allgemein keine angemessene Aufmerksamkeit und wird von der Stadt Berlin unter den Teppich gekehrt.

Im Jahr 1969 startete in Berlin das „Kentler-Experiment“, bei welchem Kinder und Jugendliche gezielt in die Obhut teils vorbestrafter Pädophiler gegeben wurden. Das Projekt wurde von einem weltweit angesehenen Wissenschaftler ins Leben gerufen und lief drei Jahrzehnte lang, bis in das Jahr 2003 hinein. Abgenickt und finanziert vom Berliner Senat, beobachtet von der Staatsanwaltschaft und von den Medien erst 20 Jahre nach Beginn des Experiments kritisch beurteilt. Ein Musterbeispiel für die vollkommene Degeneriertheit des Imperialismus und dafür, was die Leben und Unversehrtheit unserer Klassenschwestern und -brüder den Herrschenden wert ist – nichts.

Der Strippenzieher hinter dem „Projekt“: Psychologe und Pädagoge Helmut Kentler (1928-2008). Er galt als Experte in Fragen einer „liberalen Sexualerziehung“ und hatte in seinem Leben so einige „wichtige“ Stellungen. Um nur einige zu nennen: Professor an der Universität Hannover, Abteilungsleiter am Pädagogischen Zentrum in Berlin, Gerichtsgutachter in Fragen Kinder- und Jugendsexualität und hochrangiges Mitglied in diversen Institutionen, die sich mit Erziehung und Sexualität auseinandersetzten. Und nicht nur in der Wissenschaft und Politik war er gefragt. Auch die Kirche lobte seine „innovative Jugendarbeit“. Hierbei ist ein ebenfalls sehr interessanter Abschnitt in seinem Leben zu nennen: Nachdem der Student Benno Ohnesorg bei den Studentenprotesten in Berlin von einem Bullen erschossen wurde, stellte der Berliner Innensenator ihn als psychologischen

Berater für die Polizei ein. Kentler sah sich selbst politisch im links-liberalen Spektrum der SPD. Laut ihm war es kein Widerspruch, tagsüber für die Bullen zu arbeiten und am Abend selbst an den Protesten teilzunehmen, sogar Reden zu halten. Diese heuchlerische Doppelmoral wird sogar noch deutlicher, als er seinen ersten Bericht vorstellt: *„[...] wenn man annimmt, dass in weiten Kreisen der Polizei ein vordemokratisches Denken herrscht, daß in der Polizei in erster Linie ein Organ staatlicher Gewalt und damit ein Instrument der den Staat beherrschenden Gruppen sieht. Abgekürzt gesprochen heißt das: Die Polizei tut, was die Mächtigen unserer Gesellschaft fordern.“* Jedoch folgt einige Sätze später, ob aus pädagogischer Naivität oder opportunistischen Gründen: *„So sehr ich das Vorgehen [...] verurteile, so sehr haben mir die kritischen Auseinandersetzungen, die seitdem innerhalb der Polizei geführt wurden, Achtung abgerungen.“* Und man sieht ja heute noch, wie reflektiert die Bullen sind, wenn sie beispielsweise mal wieder wie im Januar Gedenkdemonstrationen verprügeln.

Sein Verständnis von Faschismus, den er ja auch teilweise den Bullen vorwirft, ist auch eindrücklich absurd. So schreibt er in einem Artikel für die „Zeit“, dass „sexuelle Befreiung“ die Voraussetzung sei, um politisch mündig zu werden, und alles andere führe zu Aggressivität und Untertanentum. Er nennt einen der führenden Hitlerfaschisten, Adolf Eichmann, als Beispiel und führt seine Taten auf seine angeblich unterdrückte Sexualität zurück. Eine solcher sexueller Trieb, den man laut Kentler auf keinen Fall „unterdrücken“ darf, ist die Pädophilie, da er meint, Sex mit Kindern sei richtig und wichtig, auch für ihre Entwicklung.

Seine Lösungsideen für das Problem obdachloser Kinder sah entsprechend aus: Statt sie in Kinderheime zu stecken, bevorzugte er, was er als „Tauschgeschäft“ bezeichnete: *„Sex für Essen und Unterkunft.“* Etwas, was die Kinder, von ihm genannt *„Träbegänger mit Schwachsinnigkeit zweiten Grades“*, sowieso schon in Anspruch nahmen. Dafür ließ er mit Hilfe des Berliner Senats (und dessen Geldern) Pflegestellen bei teils vorbestraften

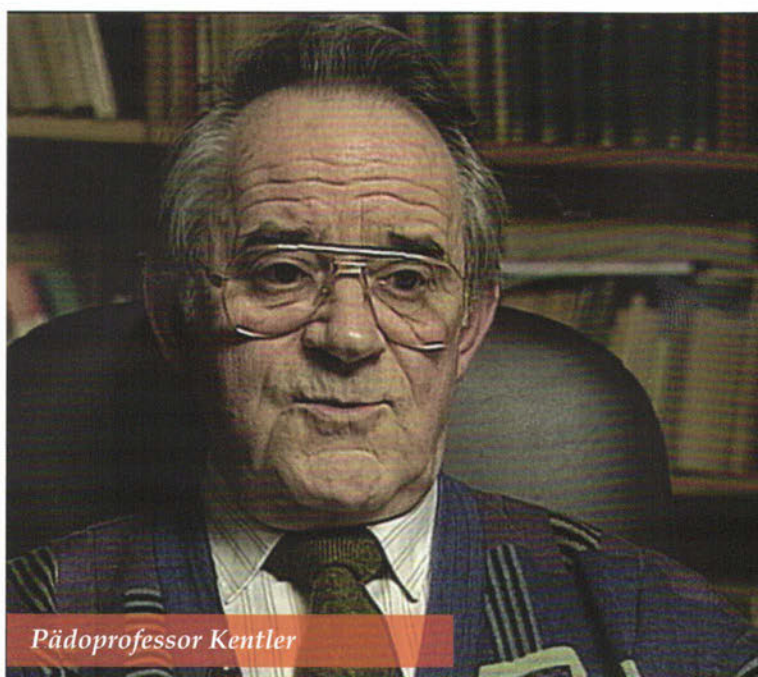
pädophilen Männern einrichten. Er übernahm die gesamte Verantwortung für das Projekt, nachdem er die zuständigen Personen im Senat überzeugt hatte. Er führte mehrmals die Woche Besuche bei den „Pflegefamilien“ durch, schrieb regelmäßige Berichte für die Universität und lobte dabei die außerordentlichen „kinderlieben Pflegevater-Talente“. Entgegen der Verschönigungen Kentlers, hatten die Betroffenen von Missbrauch, körperlicher Züchtigung und dem Gebrauch von Videokameras berichtet. Seinen Aussagen nach wurden aus den Kindern und Jugendlichen dennoch *„standhafte und ordentliche heterosexuelle Männer, die sehr fürsorgliche Ehemänner und Väter“* waren. Legal war seine Aktion auch früher nicht, weshalb gemutmaßt wird, dass alles unter einem falschen Namen in den Akten festgehalten wurde. Seine Berichte konnte er, neben dem dazu verfassten Buch, den Zeitungsartikeln und Interviews, erst veröffentlichen, nachdem alles verjährt war, jedoch weiterhin betrieben wurde. Doch weder die Medien, noch die FDP-Mitglieder, vor denen er bei einer Fraktionsanhörung darüber einen Vortrag hielt, sahen Anlass, ihn zu hinterfragen, geschweige denn etwas dagegen zu tun. Selbst wenn er bei dem Vortrag Aussagen wie *„Diese Leute haben diese schwachsinnigen Jungen nur deswegen ausgehalten, weil sie eben in sie verliebt, verknallt und vernarrt waren.“* machte.

Der Berliner Politik wurden damals mehrere Probleme abgenommen: Die Kinder und Jugendlichen waren weg von der Straße, die Übergriffe der Pädophilen beschränkten sich auf die eigenen vier Wände und das Ganze sah neu und progressiv aus. Deswegen konnte Kentler sein Vorhaben ungestört über die Bühne bringen und hatte die Unterstützung der Politik, ungeachtet der Leben der Kinder.

Auch nach Ende des Projektes in 2003 wurde es seitens der Politik zunächst nicht offen kritisiert. Die Aufklärung der Affäre wurde aufgeschoben und erschwert. Erst, als sie dennoch eine erste Studie anforderten, wurde sich distanziert, allerdings ohne die eigene Verantwortung zu sehen oder annehmen zu wollen. Stattdessen wurde höchstens heuchlerische Schockiertheit gespielt. Entsprechend wurden die Studien schlecht finanziert und teilweise Zugang zu Akten verwehrt und Beteiligte nicht befragt. Auch der weitergehende

Umgang mit den Opfern zeigt das. Während die tatsächliche Zahl der Betroffenen nicht ermittelt wird, aber vermutlich im dreistelligen Bereich liegt, will die Stadt Berlin nur drei bekannte Fälle kennen. In diesen behauptet sie auch, den Opfern Entschädigung und Therapie zu finanzieren, was laut denen allerdings nicht stimmt. Stattdessen hat sich einer der genannten bekannten Betroffenen in der Zwischenzeit selbst über den „Weißen Ring“ eben diese Therapie organisiert. Auch das Alter der Betroffenen stimmt nicht mit den Aussagen der Stadt überein. So waren sie laut der Stadt zum Zeitpunkt der Vermittlung angeblich zwischen 15-17 Jahren alt, während sie selbst berichten, fünf und sechs gewesen zu sein. So versucht die Stadt, den Fall systematisch kleinzureden und hat auch kein Interesse, weiter nach Involvierten oder Unterstützern zu suchen. Schließlich würde sie da ja ihre Leute finden. Der Ruf von denen und das vermeintliche Ansehen der Stadt sind ihnen wichtiger als die Unversehrtheit unserer betroffenen Klassenbrüder.

Wir sehen an diesem Beispiel auch, wie die bürgerlichen Ideologen fernab von jeder Realität alles und nichts hin- und zurückphilosophieren können und zu beliebigen Schlüssen kommen, inklusive, dass es eine gute Idee sei, Kinder an Pädophile zu vermitteln. Wir dürfen aber von ihren akademischen Titeln und Auftreten nicht eingeschüchtert sein, sondern müssen ihren Schwachsinn und dessen Konsequenzen entblößen und dem die Wahrheit unserer Klasse entgegensetzen. •



Pädoprofessor Kentler



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM MÄRZ

BREMEN:

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

FREIBURG:

Café Popular - Linkes Zentrum iadelante!
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat - 13 Uhr

8. MÄRZ - INTERNATIONALER FRAUENKAMPFTAG
Haltet Augen und Ohren nach Aktionen in eurer Stadt offen!

18. MÄRZ - 150. JAHRESTAG DER PARISER KOMMUNE

